

Der Uebergang zur Friedenswirtschaft.

Wichtige Erklärungen im Budgetausschuß des deutschen Reichstages.

B. Berlin, 10. Mai. Im Budgetausschuß begründete das Zentrum in fortgesetzter Beratung des Etats des Innern eine Resolution, welche unverzügliche Maßnahmen zur Erhaltung und

Vermehrung der Handelschiffe und insbesondere die Bereitstellung der Geldmittel zur Förderung des Schiffbaues verlangt.

Unterstaatssekretär Richter erklärte die Bereitwilligkeit des Reichsschatzamtes, zu dem verlangten Zwecke erhebliche Summen zur Verfügung zu stellen.

Hinsichtlich der Ueberführung von Handel und Industrie in die Friedenswirtschaft erklärte der Unterstaatssekretär, daß zur

Beschaffung der wichtigsten Rohstoffe Industriegesellschaften mit freier Selbstverwaltung unter Zuziehung eines Staatskommissärs gegründet werden würden, um den Einkauf und die Verteilung zu übernehmen.

Weiters führte der Unterstaatssekretär aus, daß die Verhandlungen in Wien zur Aufstellung eines Programms führten, das als Unterlage für die weiteren Verhandlungen bezüglich der Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn diene.

Die Tabaksteuer.

Der Steuerausschuß setzte die Beratung der Tabaksteuer fort und beschloß entgegen dem Antrag des Zentrums, der die Ablehnung der Erhöhung der Tabak- und Zigarrensteuer verlangte, die Beratung über den Artikel 1 der Vorlage, der das Prinzip der Erhöhung der Steuer festsetzt, vorläufig zurückzustellen. Im weiteren Sitzungsverlaufe nahm der Ausschuß eine Reihe von Anträgen, die auf die Schonung der geringeren Sorten des Zigarettentabaks hinauslaufen, an.